

Kleine Anfrage

**der Abg. Uwe Freiherr von Wangenheim
und Sandro Scheer AfD**

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit und Gesundheit

Öffentliche Demokratieförderung und parteipolitische Einflussnahme KM im Landkreis Göppingen

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Projekte wurden seit dem Jahr 2022 im Landkreis Göppingen nach ihrer Kenntnis im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie vergleichbarer Demokratiebildungs- und Extremismuspräventionsprogramme des Landes gefördert (unter Angabe von Projektträger, Fördersumme und Projektziel)?
2. Wie setzt sich der Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Göppingen zusammen (unter Angabe der vertretenen Organisationen und Institutionen)?
3. Welche Anforderungen an politische Neutralität gelten für Organisationen, die Fördermittel aus Demokratiebildungs- oder Extremismuspräventionsprogrammen erhalten?
4. Wie wird die Einhaltung dieser Anforderungen überprüft und welche Sanktionen sind bei Verstößen vorgesehen?
5. Welche Projekte, Maßnahmen oder Veranstaltungen an Schulen im Landkreis Göppingen wurden im Jahr 2025 durch externe Träger im Rahmen von Demokratiebildungs-, Antidiskriminierungs- oder Extremismuspräventionsprogrammen durchgeführt (unter Angabe von Schule, Projektträger und Gegenstand der Maßnahme)?
6. Welche Fälle sind der Landesregierung bekannt, in denen durch öffentliche Mittel geförderte Organisationen, Projektträger oder deren Funktionsträger seit 2022 zu parteipolitischen Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen oder sonstigen politischen Aktionen aufgerufen, diese unterstützt oder sich organisatorisch daran beteiligt haben und welche Konsequenzen ergaben sich hieraus gegebenenfalls für die Förderung?

7. Welche organisatorischen Beziehungen, Kooperationsstrukturen oder institutionellen Verbindungen bestehen zwischen öffentlich geförderten Demokratiebildungs- und Extremismuspräventionsstrukturen im Landkreis Göppingen einerseits sowie politischen Parteien, deren Jugendorganisationen oder parteinahen Bündnissen andererseits und inwieweit sind solche Strukturen an der Organisation der Gegenkundgebungen anlässlich der bevorstehenden Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg der „Generation Deutschland“ am 14. Juni 2026 in Donzdorf beteiligt?

9.6.2026

von Wangenheim, Scheer AfD

Begründung

Am 14. Juni 2026 soll in Donzdorf der Landesverband Baden-Württemberg der Jugendorganisation „Generation Deutschland“ gegründet werden. Im Vorfeld wurden verschiedene Gegenkundgebungen und Protestaktionen angekündigt, an denen neben Parteien auch zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt sind.

Gleichzeitig fließen erhebliche öffentliche Mittel in Demokratiebildungs- und Extremismuspräventionsprogramme. Allein im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erhalten sowohl der Landkreis Göppingen als auch die Stadt Göppingen im Förderjahr 2026 jeweils 140 000 Euro, wie aus dem Förderbericht für 2026 von „Demokratie leben“ hervorgeht. Die Umsetzung erfolgt über lokale Partnerschaften für Demokratie, Begleitausschüsse, Jugendforen sowie weitere Netzwerkstrukturen.

Die Kleine Anfrage möchte vor diesem Hintergrund herausarbeiten, wie Transparenz, politische Ausgewogenheit und parteipolitische Neutralität der geförderten Strukturen sichergestellt werden, welche Organisationen von Fördermitteln profitieren und welche Kontrollmechanismen bestehen, um eine Vermischung staatlich geförderter Demokratieförderung mit parteipolitischer Betätigung auszuschließen.

Antwort

Mit Schreiben vom 30. Juni 2026 Nr. 43-0141.5-018/85 beantwortet das Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Welche Projekte wurden seit dem Jahr 2022 im Landkreis Göppingen nach ihrer Kenntnis im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie vergleichbarer Demokratiebildungs- und Extremismuspräventionsprogramme des Landes gefördert (unter Angabe von Projektträger, Fördersumme und Projektziel)?*
- 2. Wie setzt sich der Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Göppingen zusammen (unter Angabe der vertretenen Organisationen und Institutionen)?*

Zu 1. und 2.:

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis der Landesregierung wird im Landkreis Göppingen die Umsetzung einer „Partnerschaft für Demokratie“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert. Das Land ist an der Förderung nicht beteiligt. Daher liegen keine Informationen über Projektträger, Fördersumme und Projektziel vor, die

über die öffentlich verfügbaren Informationen hinausgehen. Gleiches gilt auch für Informationen über die Zusammensetzung des Begleitausschusses.

Das Land Baden-Württemberg verfügt über kein mit „Demokratie leben!“ vergleichbares „Demokratiebildungs- und Extremismuspräventionsprogramm“.

3. *Welche Anforderungen an politische Neutralität gelten für Organisationen, die Fördermittel aus Demokratiebildungs- oder Extremismuspräventionsprogrammen erhalten?*
4. *Wie wird die Einhaltung dieser Anforderungen überprüft und welche Sanktionen sind bei Verstößen vorgesehen?*

Zu den Fragen 3 und 4 wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen in Baden-Württemberg“, Drucksache 17/9624 und dort insbesondere auf die Beantwortung zu Ziffern 4 und 8 verwiesen.

5. *Welche Projekte, Maßnahmen oder Veranstaltungen an Schulen im Landkreis Göppingen wurden im Jahr 2025 durch externe Träger im Rahmen von Demokratiebildungs-, Antidiskriminierungs- oder Extremismuspräventionsprogrammen durchgeführt (unter Angabe von Schule, Projektträger und Gegenstand der Maßnahme)?*

Im Rahmen von strukturellen Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultus wurde 2025 an einem Gymnasium (Mörike-Gymnasium Göppingen) die Ausstellung „Gegen das Vergessen – Ein Holocaust-Gedenkprojekt“ von Luigi Toscano gefördert. Projektträger ist der Verein „Gegen das Vergessen e. V.“. Ziel des Projektes ist es, gegen jede Form von Ausgrenzung und für Offenheit, Toleranz und Demokratie einzustehen und die historische Distanz zu den NS-Verbrechen zu überwinden.

Daneben fanden im genannten Zeitraum Jugendkonferenzen zur Förderung von Beteiligungskompetenzen an folgenden weiterführenden Schulen des Landkreises Göppingen statt: Mörike-Gymnasium Göppingen (14. März 2025), Werner-Heisenberg-Gymnasium Göppingen (27. März und 12. November 2025). Projektträger war jeweils die Jugendstiftung Baden-Württemberg, die landesweit Jugendkonferenzen an Schulen durchführt.

Ferner fand an der Kaufmännischen Schule Göppingen ein Workshop des Projektträgers „Kubus e. V.“ im Rahmen eines Demokratietages statt. Dieses Workshop-Format leistet einen Beitrag zur Stärkung von Toleranz und Diversitätskompetenzen.

6. *Welche Fälle sind der Landesregierung bekannt, in denen durch öffentliche Mittel geförderte Organisationen, Projektträger oder deren Funktionsträger seit 2022 zu parteipolitischen Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen oder sonstigen politischen Aktionen aufgerufen, diese unterstützt oder sich organisatorisch daran beteiligt haben und welche Konsequenzen ergaben sich hieraus gegebenenfalls für die Förderung?*
7. *Welche organisatorischen Beziehungen, Kooperationsstrukturen oder institutionellen Verbindungen bestehen zwischen öffentlich geförderten Demokratiebildungs- und Extremismuspräventionsstrukturen im Landkreis Göppingen einerseits sowie politischen Parteien, deren Jugendorganisationen oder parteinahen Bündnissen andererseits und inwieweit sind solche Strukturen an der Organisation der Gegenkundgebungen anlässlich der bevorstehenden Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg der „Generation Deutschland“ am 14. Juni 2026 in Donzdorf beteiligt?*

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Hinsichtlich der Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Rahmen von Projektförderungen öffentlich gefördert werden, wird auf die Beantwortung zu Ziffer 4 der Kleinen Anfrage „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen in Baden-Württemberg“, Drucksache 17/9624 verwiesen. Ein Anlass für eine Erfassung entsprechender Betätigungen und organisatorischer Strukturen besteht nicht. Hinsichtlich der Situation im Landkreis Göppingen gilt im Übrigen, dass eine Förderung durch das Land nicht besteht, siehe die Beantwortung oben zu Ziffer 1.

Hildenbrand

Minister für Soziales,
Arbeit und Gesundheit